

SPD in der Krise – Montagsdemos mit Zukunftspotenzial!

Vor fünf Jahren legte Ex-Kanzler Schröder in seiner berüchtigten Regierungserklärung am 14. März 2003 den Auftakt für seine Agenda 2010: Angeblich sollten „für Konjunktur und Haushalt, für Arbeit und Wirtschaft, für die soziale Absicherung im Alter und bei Krankheit ... alle Kräfte der Gesellschaft“ ihren Beitrag leisten.

Bilanz: Traumprofite und wachsende Armut

Heute stellen wir fest: Die Agenda 2010 hat vor allem den Monopolen Traumprofite in die Taschen gespielt. Allein die 30 im deutschen Aktienindex (Dax) aufgelisteten Konzerne haben ihre Gewinne in 2007 um 23 Prozent auf 73,8 Milliarden Euro erhöht. Davon müssen rein rechnerisch 10 Millionen Hartz-IV-Betroffene ein ganzes Jahr lang leben. Die „Bild“-Zeitung verunglimpfte in einer wochenlangen Kampagne Hartz-IV-Betroffene als Schmarotzer, die auf Kosten der Gesellschaft leben würden. Hatten sich die Arbeitsagenturen zeitweise mit Sanktionen noch zurückgehalten, sind diese in 2007 um 58 Prozent auf 138.700 gestiegen. Dahinter verbergen sich vor allem Kürzungen bis zur völligen Streichung der Zuwendungen an Hartz-IV-Betroffene!

Wenn die Arbeitsagenturen jeden Monat die „wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ bejubeln, ist das eine Fata Morgana. Zwar sind offiziell mehr Menschen in Arbeit als je zuvor. Aber die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 haben bewusst zur Ersetzung von Vollzeitarbeitsplätzen durch Leiharbeit, Minijobs und 1-Euro-Jobs geführt. Über zwei Millionen Menschen haben mindestens einen Zweitjob, weil sie von einem allein nicht mehr leben können. Bereits jeder vierte in Deutschland ist laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft von Armut bedroht – mit wachsender Tendenz!



SPD in der Krise

Gegen die massive Verschlechterung der Lebenslage der breiten Massen hat sich von Anfang an ein zäher Kampf formiert. Mit der Montagsdemonstrationsbewegung ist mit Unterstützung der MLPD eine Bewegung entstanden,

die sich am 13. Oktober 2007 bei ihrer 4. bundesweiten Demonstration in Berlin als wirksamer, kompetenter, klarer und kämpferischer Gegenpol zur volksfeindlichen Politik der Berliner Regierung zeigte. Es ist ihre wöchentliche Aufklärungsarbeit und Kritik an der Regierung, die mit dafür sorgt, dass den Hartz-IV-Parteien CDU, SPD, GRÜNE, FDP die Massenbasis davonläuft und sie massive Probleme haben, stabile Regierungskonstellationen für die Monopole zu bilden. Insbesondere die SPD ist in eine offene Krise geraten.

Gysi: „Hartz IV großzügig auslegen“

Ausgerechnet die Führung der Linkspartei schickt sich jetzt an, der SPD den Steigbügelhalter für künftige Regierungskoalitionen zu machen. Ohne jede Vorbedingung wollte die Linkspartei in Hessen die SPD-Chefin Ypsilanti zur Ministerpräsidentin wählen. Ihr Vorsitzender Gregor Gysi verzichtete sogar ausdrücklich auf eine Distanzierung Ypsilantis von Hartz IV und forderte lediglich „dass Hartz IV so großzügig ausge-

Fortsetzung auf S. 2

Ein Gespenst geht um ...

Das Gespenst des Kommunismus ist spätestens seit der Landtagswahl in Hessen in aller Munde. „Wenn es Kommunismus ist, dass man für Gerechtigkeit und gegen Armut eintritt, dann bin ich auch ein Kommunist.“ So kommentierte jedenfalls ein Montagsdemonstrant im Ruhrgebiet den Versuch, einen Damm von antikommunistischen Vorbehalten aufzubauen.

Kommunismus bedeutet Gerechtigkeit und Abschaffung der Armut, aber noch viel mehr als das: Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird

der Vergangenheit angehören. Die allseitigen politischen, kulturellen und materiellen Bedürfnisse der Menschen werden in den Mittelpunkt gestellt. Die Arbeiterklasse wird darüber bestimmen, was und wie zum Nutzen von Mensch und Natur produziert wird. Ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt! Informationen und Know-how aus erster Hand gibt es bei denjenigen, die Schlussfolgerungen aus dem Verrat am Sozialismus durch Honecker und Co. gezogen haben: den Marxisten-Leninisten der MLPD.

legt wird wie möglich“. „Die Linke“ hatte sich auf ihrem Gründungsparteitag noch ausdrücklich gegen Hartz IV ausgesprochen. Jetzt verabschiedet sich deren Führung offen davon. Die Linkspartei hat insbesondere in Westdeutschland eine starke Wurzel in der Montagsdemonstrations-Bewegung und dem Kampf gegen Schröders Agenda 2010 und Hartz IV. Wenn die Linkspartei jetzt der SPD aus der Krise helfen will, dann hätten ihre Mitglieder ja gleich Mitglied in der SPD bleiben können!

Stabiler Faktor Montagsdemo!

Die Berliner Regierung konnte sich zeitweise stabilisieren und die politische Situation beruhigen. In den Wahlergebnissen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg, der großen Kampfbereitschaft in den Tarifringen tritt wieder ein deutlicher Trend der relativen Destabilisierung der Regierung zu Tage. Als stabiler gesellschaftlicher Faktor der kämpferischen Opposition erweist sich allerdings die Montagsdemonstrations-Bewegung – nicht nur im Kampf gegen Hartz IV. Von vielen Montagsdemonstrationen wird berichtet, dass Interesse, Sympathie und Zustimmung deutlich zunehmen – ein wichtiger Ansatzpunkt dafür, aktiv bei den Montagsdemonstrationen mitzumachen und einen Beitrag für den Zusammenschluss der Arbeiter und breiten Massen in kommenden Kämpfen zu leisten. Die MLPD wird weiter vorbehaltlos dazu beitragen, diese Bewegung zu stärken und eine echte sozialistische Alternative verkörpern!

Weg mit Hartz IV!

Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und einen Mindestlohn von 10 Euro!

Stärkt die MLPD!

Mindestlohn = auf Hartz-IV-Niveau?

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) versucht mit der gesetzlichen Einführung eines Mindestlohns zu punkten. So soll z. B. die Leiharbeitsbranche gezwungen werden, die Tariflöhne mit den Gewerkschaften zum Mindestlohn der ganzen Branche zu machen. Der Tarifvertrag des DGB legt derzeit einen Mindestlohn von 6,36 Euro im Osten und von 7,51 Euro im Westen vor. Der Vertrag der Christlichen Gewerkschaft: 5,77 Euro im Osten, 6,34 Euro im Westen. An welcher Gewerkschaft sich das Gesetz künftig orientieren soll, ist offen. Jedenfalls: von solchen Niedrigstlöhnen kann man nicht leben und ist auf Hartz IV angewiesen. Was Olaf Scholz als Schutzrecht für die Arbeiter verkaufen will, führt zum Gegenteil: gesetzlich verankerte Niedrigstlöhne, die mit Hartz IV auf Kosten der Steuerzahler zusätzlich „aufgebessert“ werden und die Spaltung von Ost- und Westlöhnen zementieren.

Gemeinsam gegen faschistische Provokationen

Immer wieder versuchen Faschisten, unter anderem in Zwickau, an der Montagsdemo teilzunehmen. In Dresden und Eisenhüttenstadt wurden faschistische Aufkleber auf Autos und in Hausingängen von Repräsentanten der Montagsdemo geklebt.

In Zwickau forderten u. a. die bürgerlichen Parteien im Rat die Montagsdemo auf, ihre Aktivitäten einzustellen, weil sie angeblich die Faschisten provozieren würden. Das kommt nicht in Frage! Die Faschisten gehören verboten – die Montagsdemo bleibt! Sie arbeitet von Anfang an auf antifaschistischer Grundlage. Die faschistischen Angriffe und Provokationen müssen gemeinsam bekämpft werden. **Für das Verbot aller faschistischen Organisationen!**

Demokratisch organisiert – 5. Bundesdelegiertenversammlung der Montagsdemos im April

Am 19. April findet die 5. Bundesdelegiertenversammlung der Montagsdemonstrations-Bewegung statt. Delegierte aus der Montagsdemo-Bewegung in den verschiedenen Städten und aus unterstützenden Initiativen und Organisationen treffen zusammen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, den Tätigkeitsbericht der Koordinierungsgruppe zu diskutieren und u. a. eine weitere Demonstration im Herbst gegen die Regierung in Berlin zu beschließen. Tagesordnung, Konferenzregeln und weitere Informationen auf www.bundesweite-montagsdemo.com

Spendet für „Montagsdemo aktuell“:

Mit den Flugblättern „Montagsdemo aktuell“ unterstützt die MLPD die Bewegung der Montagsdemonstration in ihrem Kampf. Die MLPD ist nur den Interessen der Arbeiterklasse und dem Kampf der breiten Massen verpflichtet, d. h. sie finanziert ihre Arbeit ausschließlich aus Beiträgen ihrer Mitglieder und Spenden. Deshalb bitten wir jeden Leser und jede Leserin, mit einer Spende die weitere Herausgabe von „Montagsdemo aktuell“ zu unterstützen!

(An die Verteiler oder auf das Konto: Zentralkomitee der MLPD, Konto: 210 333 100, BLZ 360 700 24, Deutsche Bank Essen)

www.rf-news.de • immer aktuell

Eine Partei der Zukunft – da will ich dabei sein

Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- in einer Initiativgruppe für den Parteiaufbau der MLPD mitmachen
- Dauerspender der MLPD werden
- ein persönliches Gespräch
- das Parteiprogramm der MLPD (2,00 Euro)
- ein kostenloses vierwöchiges Probeabonnement der „Roten Fahne“ (Wochenzeitung)
- ein Abo der „Roten Fahne“ (50 Euro jährlich)
- informiert werden über



Bitte senden an: Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen (Alle Angaben werden vertraulich behandelt.)